



SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Abstimmung 5

Warum das neue Tierseuchengesetz abzulehnen ist.



Tierseuchengesetz NEIN!

20 Jahre EWR-NEIN 6/7

Die nächste EWR/EU-Abstimmung kommt bestimmt...



Raumplanung 11

Das neue Raumplanungsgesetz taugt nicht.

Nein zur missratenen Revision des Raumplanungsgesetzes!

www.rpg-revision-nein.ch



Für Ihre Drucksachen

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Jetzt einsteigen für die Schweiz!

Einladung zum feierlichen Gedenkanlass zum 20. Jahrestag der EWR/EU-Abstimmung vom 6. Dezember 1992
Die Unabhängigkeit ist gefährdeter denn je!



Veranstaltung

Der Weg der Schweiz in die Zukunft

Sonntag, 2. Dezember 2012, 14.00 Uhr, Biel

Seit bald zwei Jahren verfolgt der Bundesrat unter dem Titel „gesamtheitlicher und koordinierter Ansatz“ eine institutionelle Integration der Schweiz in die EU. Während der Bundesrat 1992 einen EU-Beitritt offen als Zielsetzung der Europapolitik deklarierte, verfolgt er heute das gleiche Ziel, ohne es jedoch transparent zu machen. In diesem Sommer hat der Bundesrat der EU angeboten, den Abschluss eines Stromabkommens mit der Lösung von institutionellen Fragen zu verknüpfen. Konkret bedeutet dies:

- Unterordnung der schweizerischen Rechtsordnung unter jene der EU.
- Zwingende Übernahme von EU-Recht.

- Unterwerfung unter die Rechtsprechung der EU.
- Schaffung einer neuen Überwachungsbehörde.
- Einführung zusätzlicher Sanktionsmechanismen.

Wird der Bundesrat dem Druck der EU einmal mehr nachgeben, so könnte es schnell gehen, bis ein EWR-Beitritt oder eine andere Form einer Anbindung der Schweiz an die EU vom Bundesrat neu lanciert wird.

Mit der Gedenkfeier vom 2. Dezember machen wir auf diese Gefahr aufmerksam und setzen – zusammen mit andern Parteien und Organisationen – ein klares Signal für eine freie, eigenständige Schweiz und gegen den schleichenden EU-Beitritt.

2 Editorial



SVP-Extrablatt für alle!

Am Freitag erhalten alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz ganz spezielle Post. Im jedem Briefkasten in diesem Lande wird ein Extrablatt unserer Schweizerischen Volkspartei (SVP) liegen. Die SVP-Zeitung wird über unsere Partei, unsere Politik, unsere Mitglieder und Repräsentanten sowie über unsere Ziele berichten.

Wir suchen diesen direkten Weg zu den Leuten ganz bewusst. Wir als SVP haben doch das Gefühl, dass wir in den Medien oft verzerrt und auch einseitig dargestellt werden. Die Medien berichten gerne über Personalien und Befindlichkeiten, aber die Ziele, Aktivitäten und Erfolge unserer Partei werden häufig verschwiegen. Die SVP hat ein sehr konsequentes, freiheitliches und bürgerliches Programm, und es ist auch massgeblich unser Erfolg, dass wir uns als Schweiz aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der EU herausgehalten haben. Punkto Wohlstand, Arbeitsplätze und Verschuldung steht die Schweiz im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten noch immer gut da. Dies ist zu einem guten Teil das Verdienst der SVP. Das werden Sie aber so niemals aus den einschlägigen Medien erfahren. Unsere Positionen und unsere Politik werden zusehends und konsequent unterschlagen.

Dabei hätte gerade die Schweiz als direktdemokratisches Land mit ihrer offenen Gesellschaft der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit besondere Beachtung zu schenken. Jede Bürgerin und jeder Bürger in unserem Land, unabhängig von Stand, Herkunft und Weltanschauung, darf und soll sich frei äussern können. Doch trifft dies auch heute noch in jedem Fall zu? Wir haben in den letzten 25 Jahren eine Umwälzung der Medienlandschaft erlebt. Neben dem Monopol der SRG im nationalen Radio- und Fernsbereich findet eine zunehmende Konzentration im Bereich der Printmedien statt. Nur noch wenige Verlagshäuser dominieren die Tages- und Wochenzeitungen im Land. Gebietsmonopole könnten zur Regel werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Verlagen im publizistischen Bereich führt zu einer Annäherung von Formen und Inhalten. Die Folge ist, dass wenige Medienhäuser über die Hoheit der publizierten Meinung im Land verfügen und damit eine unheimliche Machtfülle auf sich vereinen. Was Tamedia, Ringier, NZZ, AZ Medien und die Südostschweiz

Mediengruppe schreiben, prägt die öffentliche Wahrnehmung in der Schweiz. Was sie verschweigen, wird kaum mehr wahrgenommen. Diese Entwicklung ist bedenklich und nicht ungefährlich, insbesondere dann, wenn Verlagshäuser auch politische Interessen verfolgen.

Neben der Medienfreiheit ist auch die freie Rede gefährdet. Wer heutzutage politisch Klartext spricht, muss immer öfter mit einem Strafverfahren rechnen. Die Rassismus-Strafnorm beispielsweise wird von einzelnen Personen und Anwälten systematisch dazu missbraucht, missliebige Meinungen zu kriminalisieren.

Staatsanwaltschaften und Gerichte haben nicht den Mut, diese offensichtlichen Auswüchse zu unterbinden. So gibt es kaum ein Mitglied der erweiterten SVP-Parteileitung, das heute nicht in ein Verfahren aufgrund einer politischen Meinungsäusserung verwickelt ist. Auch wer Missstände aufdeckt, riskiert, juristisch belangt zu werden. Der Fall Hildebrand hat dies exemplarisch aufgezeigt.

Wir werden auch in Zukunft sagen, was Sache ist und den Finger auf Missstände legen. Dazu lassen wir uns den Mund nicht verbieten, auch wenn wir dafür mit medialen Verunglimpfungen, politischen Repressionen und juristischen Folgen rechnen müssen. Es gilt für unsere einmalige Schweiz und ihre Errungenschaften hinzustehen, Partei zu ergreifen und sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzusetzen.

Daher treffen wir uns alle am 2. Dezember 2012 um 14 Uhr in Biel zum feierlichen Gedenk Anlass «20. Jahrestag zum EWR/EU-Nein vom 6. Dezember 2012». Denn uns allen ist klar: Die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz ist nicht für alle Ewigkeit gesichert. Der Kampf geht weiter und es gilt den schleichenden EU-Beitritt zu verhindern. Kommen Sie alle nach Biel. Es gilt ein starkes Zeichen zu setzen!

Nationalrat Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Positives und Negatives aus Bern

In der Zeit zwischen den Sessionen werden alle politischen Entscheide vorgespurt. Der Bundesrat und die parlamentarischen Kommissionen bereiten die Geschäfte vor und stellen die Weichen für die Beschlüsse in den Sessionen. Dabei stehen die Interessen der Schweiz leider nicht immer im Vordergrund...

Das hat die SVP erreicht:

Endlich kurzer Marschhalt beim Nachvollzug von Schengen-Recht

Nach dem Nationalrat hat nun auch die aussenpolitische Kommission des Ständerates die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes zur Errichtung von Informations-Grosssystemen einstimmig an den Bundesrat zurückgewiesen. Es kann nicht sein, dass so grosse Projekte ohne konkrete Angaben von finanziellen, technischen und weiteren Auswirkungen abgesegnet werden sollen. Bereits ohne diese Weiterentwicklung kostet die Teilnahme der Schweiz an Schengen/Dublin 14mal mehr als dem Volk vor der Abstimmung versprochen wurde (100 Mio. CHF statt 7,4 Mio. CHF pro Jahr). Dieser massiven Kostenüberschreitung muss endlich Einhalt geboten werden.



Ständerat wird endlich transparenter – aber nur beschränkt

Auf Druck der SVP hat sich der Ständerat endlich im Grundsatz bereit erklärt, seine Abstimmungsergebnisse offenzulegen. Die vorberatende Kommission hat sich nun aber dafür ausgesprochen, dass nur die Schluss- und Gesamtabstimmungen transparent kommuniziert werden. Damit werden Abstimmungen zu heiklen Artikeln, beispielsweise beim Asylgesetz, und Abwesenheiten einzelner Ständeräte während den Beratungen weiterhin im Dunkeln bleiben.

Das haben wir den Mitteparteien zu verdanken:

Auch der Ständerat wird sich gegen die produzierende Landwirtschaft stellen

Die Wirtschaftskommission des Ständerates stellte sich im Rahmen der ersten Beratungsrunde zur Agrarpolitik 2014-2017 nicht hinter die Entscheide des Nationalrates zu Gunsten der Milchproduzenten. Sie lehnt strengere Vorschriften für Milchverträge für die Jahre 2014 bis 2017 ab. Es ist davon auszugehen, dass auch das Plenum des Ständerats grossmehrheitlich an der bundesrätlichen Vorlage zur Agrarpolitik festhalten wird. Auch deren eigentliches Kernstück, die Anpassungen des Direktzahlungssystems zu Ungunsten der produzierenden Landwirtschaft, wird wohl kaum im Sinne der SVP angepasst werden.

Einführung der Solidarhaftung im Nationalrat wahrscheinlich

Nachdem der Ständerat die Solidarhaftung auf Schweizer Baustellen für die ganze Auftragnehmerkette einführen will, hat sich auch die Wirtschaftskommission des Nationalrates dafür ausgesprochen, dass ein Erstunternehmen dafür haftet, wenn ein Subunternehmen die Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen nicht einhält - und zwar für die gesamte ihm nachfolgende Kette an Auftragnehmern. Statt die Einwanderung wieder steuerbar zu machen, will Mitte-Links unsere Wirtschaft über die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit über-reglementieren und KMUs zusätzlich belasten.



4 Asyl-Fachtagung der SVP

EINLADUNG

Asylpolitik am Ende?

Die Probleme und Missstände im Schweizer Asylwesen sind offensichtlich. Die Gesuchszahlen haben sich seit der Amtszeit von Bundesrat Blocher verdreifacht, die Verfahren inklusive aller Rekursmöglichkeiten dauern Jahre und die Delinquenz sogenannter Asylbewerber nimmt stetig zu. National- und Ständerat versuchen nun mit verschiedenen Vorlagen die Asylgesetzgebung zu korrigieren. In vielen Fragen bleibt es jedoch bei Ankündigungen oder „Pflasterlipolitik“ zur Beruhigung der Bürger. Die aktuelle Revision geht in die richtige Richtung, aber um wirklich eine Verbesserung der Situation zu erreichen, müssen grundlegende Veränderungen geprüft werden.

Was unternimmt das Bundesamt? Wie können Kantone und Gemeinden handeln? Welche Forderungen stellt die SVP und wie will sie diese umsetzen? An dieser Asyl-Tagung sollen Fachexperten und interessierte SVP-Mitglieder die Möglichkeit erhalten, sich mit Entscheidungsträgern auf allen Ebenen auszutauschen und sich fundiert mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Interessiert? Dann melden Sie sich noch heute an!

Ablauf Asyl-Fachtagung

9.30 Uhr Begrüssung / Einführung

Nationalrat Heinz Brand (GR), Tagungsleiter

9.45 Uhr Missstände im Schweizer Asylwesen

Nationalrat Christoph Blocher (ZH), ehemaliger Justizminister

10.00 Uhr Kriminelle Asylbewerber im polizeilichen Alltag

Luzio Kindschi, stellvertretender Chef der Kriminalpolizei des Kantons Graubünden

10.15 Uhr Scheitert die Durchsetzung des Asylrechts am Vollzug?

David Keller, Chef Amt für Migration Kanton Schwyz, Präsident Kantonale Migrationsbehörden

10.30 Uhr Belastung für die Gemeinden am Beispiel Rorschach

Nationalrat Thomas Müller (SG), Stadtpräsident von Rorschach

10.45 Uhr Kaffeepause

11.15 Uhr Lösungsansätze aus Sicht des Bundesamtes für Migration – Perspektiven für Bürger und Gemeinwesen

Mario Gattiker, Direktor Bundesamt für Migration

11.40 Uhr Diskussionspanel mit allen Referenten und Fragen aus dem Publikum

Moderation durch Tagungsleiter

12.40 Uhr Schlusswort

Nationalrat Heinz Brand (GR), Tagungsleiter

Ca. 13.00 Uhr Ende der Tagung/Apéro



Nationalrat und Asylspezialist Heinz Brand aus Klosters (GR)

Datum:
Samstag 24. November
Zeit: 9.30 – 13.00 Uhr

Ort: Hotel Wallberg, Eichholzstrasse 1, 8604 Volketswil

Teilnehmer:
primär Fachexperten aus den Kantonen sowie Interessierte

Fragen und Anmeldung bei:
Ariane Imobersteg, imobersteg@svp.ch, 031 300 58 58

Ausbau der staatlichen Allmacht im Tierseuchengesetz

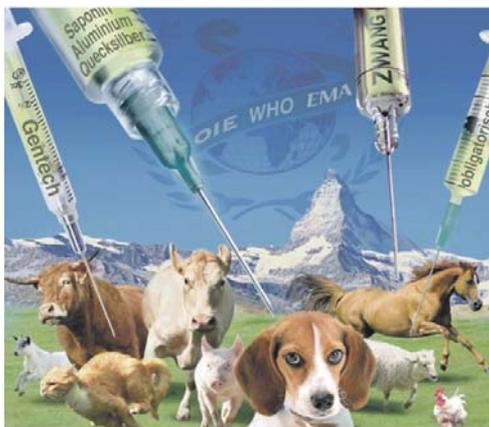
Das Tierseuchengesetz führt zu einer enormen Zentralisierung und Internationalisierung. Doch wenn Bürokraten statt Tierhalter über ihre eigenen Tiere entscheiden, dann ist dies ein unhaltbarer Angriff auf die Freiheit und wird die Kosten für das Land und die Bürger in die Höhe treiben.

Ein Blick in die Änderungen des Tierseuchengesetzes lohnt sich. Total werden 23 Artikel neu geschrieben und fast alle davon beginnen mit Worten wie „Der Bundesrat erlässt“, „Der Bund bestimmt“, „Der Bundesrat legt fest“. Das zeigt, worum es auch bei dieser Vorlage geht: Machtverschiebung.

Föderalismus wird geschwächt

Sowohl die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Kantone verlieren mit dieser Gesetzesvorlage an Kompetenzen und Eigenverantwortung. Sie ist wie viele Gesetzesänderungen der letzten Zeit auf die Schwächung des Föderalismus ausgelegt. Noch bedenklicher ist aber, dass gleichzeitig mit dem Abbau des Föderalismus auch hier eine immer stärkere Orientierung an den Gesetzen und Regeln der EU angestrebt wird. Zuerst konzentriert man Kompetenzen beim Bund und seinen Behörden und anschliessend gibt man diesen die Kompetenz, das Ganze in Absprache mit den Bürokraten der EU mit den Gesetzen der EU in Einklang zu bringen.

Beinahe in jeder Vorlage, die man uns im Parlament und in der Politik präsentiert, wird heute der Mechanismus eingebaut, dass Bund und Verwaltung praktisch im Alleingang völkerrechtliche Verträge abschliessen können. Allein schon aus diesem Grund empfehle ich, diese Vorlage abzulehnen. Normalerweise kommen solche Fragen gar nicht erst vor das Volk,



Tierseuchengesetz NEIN!

weil die übrigen Parteien dieses Vorgehen willig absegnen.

Vorschriftenflut statt Mitspracherecht

Durch einen übermässigen Ausbau von Vorschriften und eine Einschränkung ihrer Mit- oder Einspracherechte werden Tierhalter – egal ob Nutztier- oder Haustierhalter – entmündigt. Ich bin zudem überzeugt, dass die wirklichen Gefahren nicht von den Tierhaltern in der Schweiz ausgehen, und dass diese durchaus in der Lage und willens sind, ihre Tiere vor Gefahren zu schützen.

Ebenso problematisch ist, dass viel zu wenig klar definiert und geregelt ist, wann eine Seuche vorliegt bzw. wann die vorgesehenen drastischen Massnahmen gerechtfertigt wären und ausgelöst werden müssen. Dieser zugegebenermassen nicht einfachen, aber umso wichtigeren Aufgabe der Transparenz und des Au-

genmasses wird seitens des Bundes nicht genügend Beachtung geschenkt. Es ist viel einfacher, zunächst ausgiebig die Angst zu schüren, um dann freie Bahn für flächendeckende, massive Eingriffe wie Zwangsimpfungskampagnen oder ebenfalls teure Präventionskampagnen zu haben.

Überhastete Eingriffe des Bundes

Die Vorlage wird damit begründet, man müsse in Zukunft schneller reagieren können. In der Vergangenheit zeichnete sich der Bund aber viel eher durch überhasteten Aktivismus und unverhältnismässige Zwangsmassnahmen aus. Ohne dass etwas passiert ist, werden bereits für hunderte Millionen Franken Impfstoff eingekauft, Präventionskampagnen gestartet und teure Experten eingestellt.

Nein zum Tierseuchengesetz

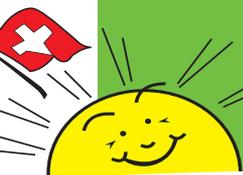
Natürlich müssen Tierseuchen wirksam bekämpft werden und das wurden sie bisher – mit dem bestehenden Recht – auch erfolgreich. Mit einem Nein lehnen wir nicht eine vernünftige Handhabung von Tierseuchen ab, sondern wir geben dem Bundesrat eine Chance, eine bessere Revision des Tierseuchengesetzes zu erarbeiten, welche mehr Rücksicht auf unser Land, den Föderalismus sowie eine Kultur der Eigenverantwortung und der Selbstbestimmung nimmt. Deshalb stimmen Sie am 25. November NEIN zum revidierten Tierseuchengesetz.

von Nationalrat Lukas Reimann, Wil (SG)

Die Delegierten der SVP Schweiz haben die Parole am 27. Oktober 2012 gefasst.

Die SVP empfiehlt die NEIN-Parole.

Mehr Informationen: www.tsg-referendum.ch



6 20 Jahre nach dem EWR-Nein

Die nächste EWR/EU-Abstimmung

Am 6. Dezember 1992 hat das Schweizer Volk bei einer Rekordstimmeteiligung von 78,7% mit 50,3% der Stimmenden und zwei Drittel der Kantone den Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt. Ein Entscheid für die Eigenständigkeit der Schweiz und gegen die Einbindung in die Europäische Union.

Die Redaktion Klartext hat drei Parteiexponenten befragt, wie sie den damaligen Entscheid erlebt haben und wie sie die heutige Situation sowie die Perspektiven für die Schweiz einschätzen.



Thomas Aeschi wurde im Jahr 1979 in Zug geboren. Er ist Unternehmensberater und seit 2011 Nationalrat (ZG).



Als ehemaliger Kantonalsekretär der SVP Zürich hat Nationalrat Hans Fehr den EWR-Abstimmungskampf 1992 hautnah erlebt.



Roland Mesot ist Kantonalpräsident der SVP Freiburg. Er wurde 2011 in den Grossrat gewählt und wohnt in Châtel-St-Denis.

Wo waren Sie am 6. Dezember 1992?

Thomas Aeschi: Ich war im Flüeli-Ranft wo Bruder Klaus vor mehr als 500 Jahren die Eidgenossen warnte «Machet den Zun nit zu wit!». Während des Nachmittags verfolgte ich in einem urchigen Restaurant die Nachrichten am Radio, bangte und hoffte, dass die Schweiz dem EWR nicht beitreten möge.

Hans Fehr: Ich war damals Kantonalsekretär der Zürcher SVP. Wir waren am 6. Dezember 1992 - nach einem langen, harten Kampf gegen diesen unwürdigen Kolonialvertrag „halb tot“ vor Erschöpfung, aber bis zum Zerreißen gespannt auf das Resultat. Als dann klar wurde, dass der EWR am

Ständemehr scheitern würde, war das eine riesige „Befreiung“. Unser Jubel kannte keine Grenzen mehr, als wir später erfuhren, dass auch die Mehrheit des Volkes gegen den Vertrag gestimmt hatte. Interessant waren auch die verduztten und ratlosen Gesichter der Journalisten an der Pressekonferenz, die Christoph Blocher im Hotel „International“ in Oerlikon im Verlauf

des Nachmittags abhielt.

Roland Mesot: Ich habe vom Resultat der Abstimmung auf der Rück-

fahrt von einem Schultheater meiner Tochter erfahren. Am Fernsehen zeigten sich dann die Politiker beunruhigt, die Presse verbreitete in den Kommentaren am Tag nach der Abstimmung

Katastrophenszenarien. Ich muss zugeben, dass ich vor dem Hintergrund dieser pessimistischen Einschätzungen selber ins Zweifeln kam.

Weshalb hat Ihrer Meinung nach das Stimmvolk den Beitritt zum EWR abgelehnt?

Aeschi: Mit einem Beitritt zum EWR hätte die Schweiz die tragenden Säulen der Eidgenossenschaft – Souveränität, Neutralität, Unabhängigkeit und direkte Demokratie – aufgegeben. Die Schweiz wäre zu einem Satelliten der EU degradiert worden und fremde Richter hätten fortan über uns entschieden. Die Schweizer wissen um ihre während Jahrhunderten hart erkämpfte Freiheit und würden diese nie aufgeben.

Fehr: Vielen Leuten war klar, dass sich die souveräne Schweiz mit dem EWR fremdem Recht und fremden Richtern unterstellen würde, als wären

“
Wir waren am 6. Dezember 1992 - nach einem langen, harten Kampf „halb tot“.
”
- Hans Fehr

ung kommt bestimmt

wir eine Kolonie von Brüssels Gnaden. Ebenso haben die Leute erkannt, dass ein EWR-Beitritt unweigerlich in einer EG-Mitgliedschaft enden würde, nachdem der Bundesrat im Mai 1992 das Beitritts-gesuch nach Brüssel geschickt hatte.

Mesot: Man wollte, dass das Volk einem Projekt von so grosser Tragweite seine Zustimmung gibt, ohne

dass zentrale Fragen beantwortet gewesen wären. Die Stimmbürger haben gemerkt, dass dies so nicht geht.

Würden Sie rückblickend sagen, dass diese Entscheidung richtig war?

Aeschi: Auf jeden Fall. Der Schweiz geht es heute im Vergleich mit den umliegenden EU-Mitglieds-ländern sehr gut. Mit einer Arbeitslosigkeit von 3% liegt die Schweiz weit unter dem Durchschnitt von 11% in Europa. In Spanien und Griechenland ist sogar jeder fünfte arbeitslos und bei den Jugendlichen liegt die Arbeitslosigkeit bei über 50%. Europa versinkt immer tiefer in den Schulden und die Bürger der wenigen Geberländer ächzen unter der finanziellen Last.

Fehr: 100-prozentig JA! Wir wären

heute längst Mitglied der Europäischen Union, die sich definitiv als gigantische Fehlkonstruktion erwiesen hat. Dank der Nicht-Mitgliedschaft steht die Schweiz im Vergleich zu den EU-Ländern punkto Beschäftigungssituation, Sicherheit und Wohlstand wesentlich besser da.

Mesot: Die aktuellen finanziellen Schwierigkeiten der EU zeigen, dass der Entscheid des Schweizer Volkes mit Sicherheit richtig war.

Denken Sie, dass der Bundesrat insgesamt wünscht, dem EWR beizutreten.

Aeschi: Ja, die Mehrheit der Bundesräte treibt den EU-Beitritt schleichend voran. Es ist das erklärte Ziel der EU-Befürworter, in den nächsten Jahren so viele bilaterale Abkommen wie möglich mit der EU abzuschliessen, um die Schweiz möglichst eng an die EU zu binden. So wird es eines Tages ein leichtes sein zu argumentieren, dass die Schweiz

aufgrund unzähliger bilateraler Abkommen bereits EU-Passivmitglied ohne Stimmrecht sei und nun auch EU-Vollmitglied werden müsse.

Fehr: Die Mehrheit des Bundesrates, des Parlaments, und der Bundesverwaltung, sowie Linksideologen und Schönredner haben einen unstillbaren Drang, unser Land schleichend in die EU zu treiben. Einen direkten Beitritt wagen sie nicht, weil 90% des Volkes diesen ablehnen würden. Also geht man perfid vor - mit sogenannten institutionellen Lösungen. Auf Deutsch: Wir sollen bei künftigen Verträgen (Stromabkommen) neues EU-Recht und die EU-Gerichtsbarkeit zwingend übernehmen.

Mesot: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen weder in die EU noch in den EWR. Leider erfüllt der Bundesrat lieber die Wünsche der

EU-Funktionäre als unsere eigenen Interessen zu verteidigen. Ich fürchte, dass die EU-freundlich eingestellten „Eliten“ uns auf Umwegen an die EU binden wollen. Diesbezüglich müssen unsere Partei und das Schweizer Volk auf der Hut sein.

“**Ja, die Mehrheit der Bundesräte treibt den EU-Beitritt schleichend voran.**”
- Thomas Aeschi

“**Der Bundesrat erfüllt lieber die Wünsche der EU-Funktionäre als unsere eigenen Interessen zu verteidigen.**”
- Roland Mesot

Der öffentliche **Gedenkanlass**, den verschiedene Organisationen am **Sonntag, 2. Dezember 2012 in Biel** durchführen, warnt vor einem schleichenden EU-Beitritt (Informationen www.svp.ch oder letzte Seite Klartext). Der Anlass ist zugleich ein flammender Appell für eine freie, souveräne, erfolgreiche Schweiz. Wer zur Schweiz steht, kommt nach Biel!

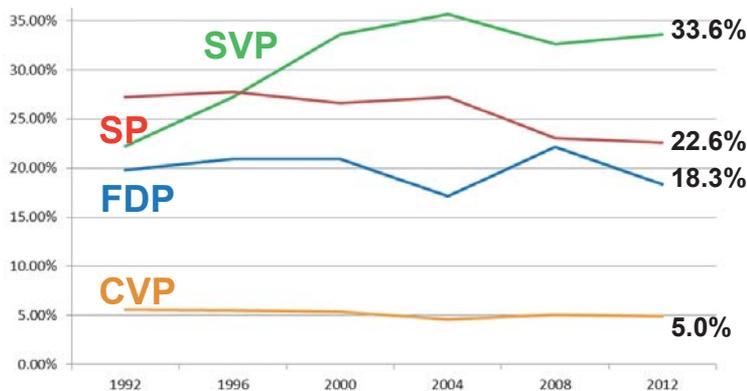


8 Resultate Kantonswahlen

Erfolgreicher Wahlherbst

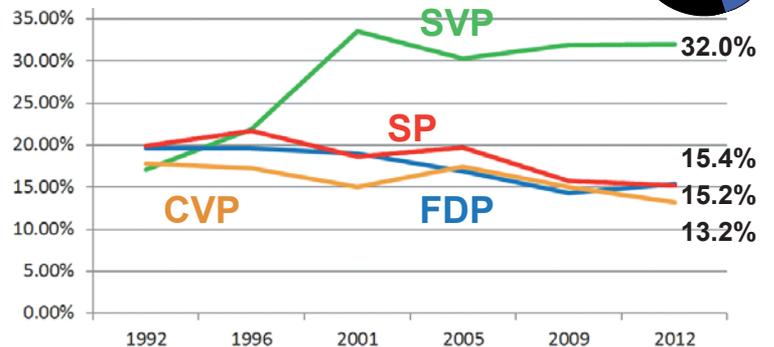
Die SVP hat bei den kantonalen Wahlen in diesem Herbst durchwegs Erfolge erzielt. In den Kantonen Schaffhausen und Aargau konnte man auf Wähleranteilen von über 30% die Stellung als mit Abstand stärkste Partei weiter ausbauen. Im Kanton Basel-Stadt steigerte die SVP ihren Wähleranteil auf 15% und ist damit stärkste bürgerliche Kraft im Parlament. In den Kantonsregierungen von Aargau und Schaffhausen ist die SVP weiterhin mit einem bzw. zwei Sitzen vertreten.

Entwicklung Parteistärke Kanton Schaffhausen



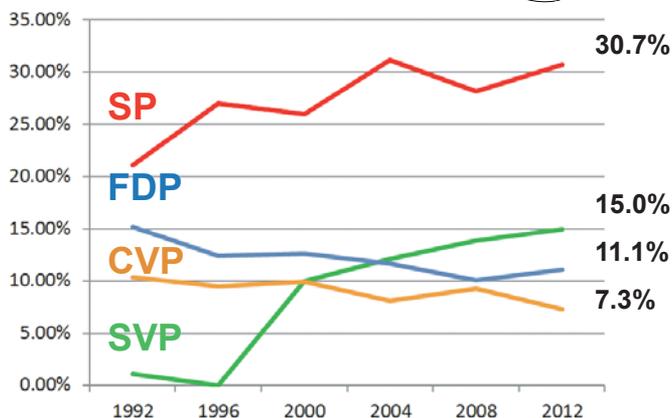
Im Kanton Schaffhausen baute die SVP am 23. September 2012 ihren Wähleranteil auf hohe 33,6% (+1%) aus. Sie profitierte dabei von einer erfolgreichen Listengestaltung mit je einer Liste der Mutterpartei, der Jungen SVP und der SVP Senioren.

Entwicklung Parteistärke Kanton Aargau



Mit einem Wähleranteil von 32% (+0,1%) konnte die SVP im Kanton Aargau am 21. Oktober 2012 mehr Wählerinnen und Wähler ansprechen als die zweit- und drittplatzierten FDP (15,4%) und SP (15,2%) zusammen.

Entwicklung Parteistärke Kanton Basel-Stadt



Bei den kantonalen Wahlen vom 28. Oktober 2012 in Basel-Stadt baute die SVP ihren Wähleranteil von 13,9% auf 15% aus. Damit vermochte die SVP ihren Wähleranteil seit dem Jahr 2000 kontinuierlich um insgesamt 50% zu steigern.



Gemeindewahlen Jura

Die SVP zieht in sechs Exekutiven ein.

Gemeindewahlen Oberrwalden

Die SVP gewinnt zusätzliche fünf Sitze in den Gemeindeexekutiven. Die Liste SVP/Freie Wähler gewinnt unter anderem einen dritten Sitz in Brig, wo sie auch das Stadtpräsidium besetzt.

Gemeindewahlen Unterwalden

Die SVP gewinnt zusätzliche fünf Sitze in den Gemeindeexekutiven, davon einer in Sion.

Stadt Biel

Die SVP zieht zum ersten Mal in die Bieler Stadtregierung ein und legt im Stadtparlament deutlich zu.

Stadt Schaffhausen

Die SVP ist mit einem Wähleranteil von 22,6% zur stärksten Kraft im Parlament der Munot-Stadt aufgestiegen.

Erfolgreicher Sammeltag

Auch der zweite nationale Sammeltag zur Durchsetzungsinitiative vom 3. November war ein voller Erfolg. An verschiedenen Standaktionen im ganzen Land wurden zahlreiche Unterschriften gesammelt. Viele Fotos vom Sammeltag sind bei uns eingegangen, von denen wir einige hier im Klartext publizieren.



Die Nationalräte Lukas Reimann und Rino Büchel sammeln Unterschriften in Oberriet (SG).



In Eschenz (TG) wird klar aufgezeigt, für was Unterschriften gesammelt werden.



Die SVP Pully (VD) organisierte ebenfalls eine Sammelaktion.



Viele Unterschriften sammelt auch die SVP Laufen (BL).



Die SVP Küblis unterstützt von der Jungen SVP Prättigau Davos sammelt in Küblis (GR).



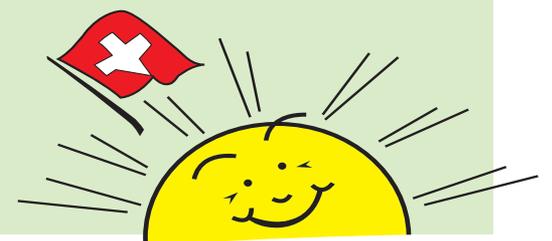
Auch in der Westschweiz werden fleissig Unterschriften gesammelt. Hier die SVP Sainte-Croix (VD).



Die SVP Burgdorf (BE) sammelt anlässlich einer Wahlkampfaktion Unterschriften. Hier Stadt- und Nationalrätin Nadja Pieren.



In der Stadt Luzern (LU) ist die SVP mit Kantonalpräsident Franz Grüter erfolgreich am Unterschriftensammeln.



EINZIGARTIG: DER NEUE LEXUS RX 450h VOLLHYBRID.



TESTEN SIE DIE INTELLIGENTESTE PREMIUM-GELÄNDE-LIMOUSINE MIT NEUEM, DYNAMISCHEM DESIGN UND BEEINDRUCKENDEN INNEREN WERTEN:

BEWAHRTE VOLLHYBRIDTECHNOLOGIE RÜCKFAHRKAMERA LEDERAUSSTATTUNG HEAD-UP DISPLAY
 3 FAHRMODI ENERGIEEFFIZIENZ-KATEGORIE B 145 g/km CO₂-EMISSIONEN** DAB+-RADIO VARIABLER E-FOUR-
 ALLRADANTRIEB 6,3l/100km VERBRAUCH** LED-SCHWEINWERFER 299 PS (220 kW) HECKKLAPPENAUTO-
 MATIK BLUETOOTH® FÜR AUDIO-/MOBILTELEFONVERBINDUNG DYNAMISCHES KURVENLICHT NAVIGATIONSSYSTEM PARK-
 SENSOREN VORNE UND HINTEN KOMPLETTESTE SERIENAUSSTATTUNG RX 450h F SPORT AB FR. 92 500.-* RX 450h
 IMPRESSION BEREITS AB FR. 75 200.-* DEN NEUEN RX GIBT ES AUCH MIT V6-BENZIN-AGGREGAT ALS RX 350 IMPRESSION AB
 FR. 66 300.-* **JETZT PROBE FAHREN.**

lexus.ch

10 000.- PREMIUM OFFER*

3,9% PREMIUM LEASING*

LEXUS HYBRID DRIVE

VOLLGARANTIE UND
GRATISSERVICE WÄHREND
100 000 KM
INNERHALB VON 3 JAHREN.



* Premium-Leasing- und Premium-Offerv-Konditionen: gültig für Inverkehrsetzung bis 31.12.2012. Unverbindlicher Basispreis RX 450h F SPORT ab Fr. 102.500.-, abzüglich Premium-Offerv Fr. 10.000.-, Nettopreis RX 450h F SPORT ab Fr. 92.500.-. Leasingrate monatlich ab Fr. 935.45 inkl. MwSt. Sonderzahlung 25 % vom Nettopreis. 48 Monate, 10.000 km/Jahr. Eff. Jahreszins: 3,97 %. Kautions 5 % des Finanzierungsbetrags. Restwert gemäss Richtlinien der Multilease AG. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt.
 ** Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 715/2007/EWG. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 159 g/km. Die Verbrauchsangaben in unseren Verkaufsunterlagen sind europäische Kraftstoff-Normverbrauchsangaben, die zum Vergleich der Fahrzeuge dienen. In der Praxis können diese je nach Fahrstil, Zuladung, Topographie und Jahreszeit teilweise deutlich abweichen. Wir empfehlen ausserdem den Eco-Drive-Fahrstil zur Schonung der Ressourcen.

Nein zum fehlgeleiteten Raumplanungsgesetz!

Im Sommer 2012 hat das Parlament in der Schlussabstimmung dem revidierten Raumplanungsgesetz zugestimmt, mit dem Ziel, den Rückzug der Landschaftsinitiative zu erreichen. Gegen diesen Kuhhandel wurde erfolgreich das Referendum ergriffen und somit entscheidet am 3. März 2013 nun das Volk.



von Nationalrätin Sylvia Flückiger,
Schöfiland (AG)

Um was geht es?

Die Landschaftsinitiative verlangt, dass die Raumplanung zentralisiert und dass die Bauzonen in der ganzen Schweiz während 20 Jahren eingefroren werden.

Unter dem Druck dieser Initiative hat der Bundesrat eine Revision des Raumplanungsgesetzes als indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet, um Zersiedlung und Kulturlandverlust mit gezielten Massnahmen besser zu steuern.

Verfehlte Revision

Im Verlaufe der parlamentarischen Beratung wurde die Vorlage massiv verschärft, sodass sie im Endeffekt sogar weiter ging, als die Landschaftsinitiative. Es waren vor allem drei Bestimmungen, welche dazu führten, dass das Referendum ergriffen wurde:

1. Die Rückzonungspflicht von Bauzonen

Mehr als die Hälfte aller Kantone müssten über 50 % ihrer noch nicht überbauten Bauzonen zurückzo-

nen. Dies bedeutet nicht nur einen klaren Eingriff in die Souveränität der Kantone in diesem Bereich, sondern auch einen Wertverlust dieses Landes. Die Finanzierungen der Rückzonungen werden letztlich über zusätzliche Steuererhöhungen aufgebracht werden müssen.

2. Bauverpflichtung unter Fristsetzung und Sanktionsandrohung

Mit dieser Bestimmung wird das klassische sozialistische Zwangsinstrument der Enteignung salonfähig gemacht. Dies bedeutet einen massiven Eingriff in die Eigentumsrechte und die Rechtssicherheit und schränkt den Handlungsspielraum von Unternehmen klar ein. Denn viele Betriebe sind auf strategische Landreserven angewiesen, um später expandieren zu können, was wiederum neue Arbeitsplätze schafft.

3. Mehrwertabgabe

Die vorgesehene Verschärfung der Bundesvorschriften zur Abschöpfung von Planungsmehrwerten sieht einen Abgabesatz von mindestens 20 % bei Neueinzonungen vor. Neben neuen Steuern, Abgaben und Gebühren drohen damit jede Menge Rechtsstreitigkeiten und Unsicherheiten.

Angst vor der Volksinitiative

Die Anhänger der Revision des Raum-

planungsgesetzes argumentieren zur Bekämpfung des Referendums stets mit der Landschaftsinitiative, welche ohne diese angenommen würde. Diese Angst ist nicht nur unbegründet, sondern auch ein schlechter Ratgeber: Denn das Volk entscheidet in der Regel weise, braucht aber verlässliche Informationen und echte Alternativen - und nicht die Wahl zwischen Pest oder Cholera.

Fazit

Den Wunsch, unsere Heimat möglichst natürlich zu erhalten, ist gross und verständlich. Dafür setzt sich die SVP ein. Gleichzeitig muss es jedoch möglich sein, durch eine sinnvolle und vernünftige Bodennutzung den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft Rechnung zu tragen. Verbote, Eingriffe in Eigentumsrechte sowie neue Abgaben und Gebühren sind dabei definitiv der falsche Weg.

Ein Nein zur Revision des Raumplanungsgesetzes ist deshalb kein Nein zu einer vernünftigen Raumplanung sondern ein Zeichen für mehr Freiheit, Föderalismus und Vernunft – Grundsätze, welche die Schweiz zu dem gemacht, was sie heute ist: eines der attraktivsten Länder weltweit. Die staatlichen wirtschafts- und wohlstandsfeindlichen Zwangsbestimmungen und Eingriffe treffen nicht Reiche und Spekulanten, sondern die grosse Mehrheit der Mieter und der Unternehmen. Eine Ablehnung des Raumplanungsgesetzes ist daher zwingend.

Die Delegierten der SVP Schweiz haben die Parole am 27. Oktober 2012 gefasst.

Die SVP empfiehlt die NEIN-Parole.

Mehr Informationen: www.rpg-revision-nein.ch



12 Delegiertenversammlung in Seedorf

Zwei Mal Nein in Uri

Anlässlich der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 27. Oktober lehnten die Delegierten der SVP Schweiz das revidierte Tierseuchengesetz mit 250 zu 89 Stimmen ab. Über diese Vorlage wird am 25. November abgestimmt. Mit 321 zu 33 Stimmen haben die Delegierten auch das Raumplanungsgesetz abgelehnt, über welches am 3. März 2013 abgestimmt wird. In Seedorf haben sich gegen 400 Delegierte getroffen. Zwei interessante Themen mit je einem Pro- und Contra-Referenten haben die Leute mobilisiert.



Die zahlreichen Delegierten der SVP Schweiz bei der Abstimmung im gut gefüllten Saal. Zweimal für ein klares Nein entschieden haben sich die Delegierten zum revidierten Tierseuchengesetz und zum Raumplanungsgesetz.



Yvette Estermann, Nationalrätin (LU), und Anian Liebrand, Sekretär der SVP Luzern. Die Beiden haben klar Stellung gegen das revidierte Tierseuchengesetz bezogen und die Delegierten überzeugt.



Der scheidende Präsident der SVP Uri, Gusti Planzer, am Rednerpult. Wir danken für die geleistete Arbeit und den grossen Einsatz für die SVP.



Anita Borer, Präsidentin der JSVP Zürich, und Patrick Walder, Vizepäsident der JSVP Zürich, sammeln Unterschriften.

Neutralitätspolitische Verwahrlosung stoppen

Die Neutralität ist in der Bundesverfassung nicht verankert. Im Mai dieses Jahres versprach Aussenminister Burkhalter am Nato-Gipfel in Chicago eine verstärkte Zusammenarbeit. Wer die Zusammenarbeit mit der Nato ausbauen will, schafft die Neutralität ab. Die «Neutralitätsinitiative» stoppt die neutralitätspolitische Verwahrlosung.



von Werner Gartenmann, Geschäftsführer AUNS, Matten b.I. (BE)

Die Neutralität ist immerwährend. Sie ist weder verhandelbar noch darf sie zum Spielball aussenpolitischer Experimente werden. Sie gilt immer und nicht nur von Fall zu Fall. Unsere Neutralität ist bewaffnet. Wir setzen sie mit eigenen Mitteln – Armee, Luftwaffe! – durch. Ein Beitritt zu einer militärischen Allianz kommt nicht in Frage. Nur so bleibt die Neutralität gegen innen (Zusammenhalt des Landes) als auch gegen aussen glaubwürdig. Man kann nur schwanger oder nicht schwanger sein – halb schwanger gibt es nicht. Gleich ist es mit der Neutralität. Die Neutralität setzt der Politik und der Regierungstätigkeit Schranken (immerwährend, kein Bündnisbeitritt)

und fordert eine wirksame Landesverteidigung. Aber aussenpolitischer Übereifer, militärisches Mitläufertum und neutralitätspolitische Verwahrlosung gefährden die Glaubwürdigkeit und die Sicherheit der Schweiz.

Was will die Neutralitätsinitiative?

Die immerwährende bewaffnete Neutralität ist in der Bundesverfassung nicht verankert. An zwei Stellen (Art. 173, 185) werden der Bundesrat und die Bundesversammlung lediglich beauftragt, Massnahmen zur Wahrung der Neutralität zu treffen. Diese Lücke schliesst die Neutralitätsinitiative.

Der erste Verfassungsartikel der Initiative verankert den Grundsatz. Die entscheidenden Voraussetzungen „immerwährend“ und „bewaffnet“ finden endlich Eingang in die Verfassung:

Artikel 54a (neu) Neutralität

Die Schweiz ist neutral. Sie verfolgt den Grundsatz der immerwährenden bewaffneten Neutralität.

Der zweite Verfassungsartikel

Die Armee hat die Durchsetzung der Neutralität zu garantieren (u.a. eine wirksame Luftpolizei bereits während Friedenszeiten). Und gleichzeitig muss klar gestellt sein, welche Auslandseinsätze der Armee mit einer glaubwürdigen Neutralität vereinbar sind. Der zweite Verfassungsartikel präzisiert deshalb die Armee-Aufträge:

Art. 58 Abs. ^{2bis} (neu) ^{2bis} Die Armee leistet Einsätze im Ausland ausschliesslich im Rahmen der Katastrophenhilfe.

Dazu gehören keine bewaffneten Einsätze im Rahmen militärischer Zwangsmassnahmen, auch wenn sie vom UNO-Sicherheitsrat unter dem Titel „humanitär“ verkauft werden. Aber die Armee kann für die Katastrophenhilfe im Ausland eingesetzt werden. Und die Initiative verunmöglicht das Training der Luftwaffe im Ausland nicht.

Neutralitätspolitische Zukunft schaffen!

Die weltoffene Schweiz betreibt weltweit Handel und stellt ihre Friedensdiplomatie zur Verfügung. Sie übernimmt humanitäre Verantwortung (Rotes Kreuz). Dafür braucht es eine glaubwürdige Neutralität, die nur mit einer Neutralitätspolitik ohne „Allüren“ möglich ist.

Die Neutralitätsinitiative schafft Klarheit im Ausland, und bei internationalen Organisationen und bringt unserem Land einen Mehrwert an Sicherheit und Stabilität. Ich lade Sie ein, die Neutralitätsinitiative zu unterstützen.

Ja zur Neutralität.

Aussenpolitischer Übereifer und militärisches Mitläufertum gefährden die Glaubwürdigkeit und die Sicherheit der Schweiz. **Aber das Schweizer Volk will die Neutralität. Also verankern wir die Neutralität in der Bundesverfassung!**

Die Neutralitätsinitiative setzt ein klares Zeichen für eine unabhängige, sichere, weltoffene, humanitäre Schweiz, die sich einer strikten Friedenspolitik verpflichtet.

www.initiative.ch

UNTERSCHRIFTSBOGEN BEIGELEGT



Vollständig oder teilweise ausgefüllt rasch zurücksenden – danke:
Neutralität, Postfach 669, 3000 Bern 31

SVP-Hit
Fr. 60.- pro Pers.
 Gültig vom 7. Dezember 2012 bis 13. April 2013
 Weihnacht- und Silvesterwoche ausgenommen

**Wintersaison 2012/13
 Wellness + Skiferien**

Übernachtungen mit Frühstücksbüffet
 im Doppelzimmer Standard
 Benützung Wellness, Hallenbad
 Sauna und Aromadampfbad
 1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviele Nächte
 ausschneiden - buchen - anreisen - geniessen

ALETSCHARENA
 Valais Schweiz

Alpenblick
 Fam. Holzer, 3984 Fieschertal
 Tel. 027 970 16 60
 info@hotelalpenblick.ch
 www.hotelalpenblick.ch

GOAL GLOSSAR

plakativ

plakativ
 aus dem Niederl.; Ableitung von Plakat
 bewusst herausgestellt; auffällig; sehr betont

Wir haben eines immer wieder bewiesen:
 Unsere Plakate sind auffällig und ragen
 heraus. Mit klarer Zielsetzung, einer gut
 durchdachten Strategie und einer emotionalen
 Umsetzung der Botschaft sind wir erfolgreich.

GOAL
 AG für Werbung und Public Relations
 Wir wollen Ihren Erfolg

Wir freuen uns auf Sie!
 Alexander Segert, Geschäftsführer
 8600 Dübendorf /ZH, Tel. 043 499 24 00
 info@goal.ch, www.goal.ch

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
 Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung
 Erscheinungsweise: 11x/Jahr
 Verantwortlich: Kevin Grangier
 Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252 - 3001 Bern - klartext@svp.ch
 Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 - 4800 Zofingen
 Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
 Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
 Inserate: Kevin Grangier - klartext@svp.ch
 Fotos: Seite 1, oben links: www.tsg-referendum.ch; Mitte oben: www.stopp-eu-beitritt.ch
 Mitte links: © SVP Schweiz; Unten links: © SGV
 Seite 4, alle Bilder © SVP Schweiz
 Seite 5, www.tsg-referendum.ch
 Seite 6, © oben rechts und oben Mitte: Parlamentsdienste 3003 Bern;
 Oben rechts: © SVP Schweiz
 Seite 7, www.stopp-eu-beitritt.ch
 Seite 8, alle Bilder www.politik.ch
 Seite 9, alle Bilder © SVP Schweiz
 Seite 11, Parlamentsdienste 3003 Bern
 Seite 12, alle Bilder © SVP Schweiz
 Seite 13, unten links: www.auns.ch; Oben links: © SVP Schweiz
 Seite 15, alle Bilder © SVP Schweiz
 Seite 16, www.stopp-eu-beitritt.ch

**INSERIEREN SIE IM SVP-
 KLARTEXT ODER IM
 FRANC-PARLER**

**Ganzseitiges Inserat gelesen von
 70'000 Abonnenten für Fr. 5'000.-**

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 70'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Roman- die. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer 031 300 58 58 oder per E-Mail an klartext@svp.ch. Unsere Zeitung gibt es auch online auf www.svp.ch

Garantiert ganze + die tiefsten Preise
 + 1% Provision für Ihre SVP-Sektion
 oder für die Masseneinwanderungs-Initiative

**Drucker
 Kopierer
 Multifunktion**

**A4 + A3
 s/w + farbig
 Laser, LED + Inkjet
 Business + privat
 Toner + Patronen**

**Liste der aktuellen Geräte verlangen.
 Fachkundige Beratung gewährleistet mit
 Checkliste und Kalkulation Folgekosten
 Installation ganze Schweiz möglich. Bis
 3 Jahre gratis Service vor Ort bei Defekten**

Wir setzen mit dieser Aktion ein Zeichen der Solidarität für alle, die sich **aktiv zur SVP bekennen**.
 Wir schalten auch Ihre SVP-Angebote gratis in Internet:
www.tip-top.123 **041 799 50 07**

Utopien des Bundes führen in die Sackgasse

Scharfe Kritik an der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 und am planlosen Ausstiegsentscheid des Parlaments: Das war die Quintessenz der Fachtagung der SVP Schweiz in Aarau zur Energiepolitik, anlässlich welcher über 100 Energiepolitiker aus den Kantonalparteien, Experten und Interessierte engagiert über die künftige Energieversorgung diskutierten. Dem unrealistischen und auf dem Prinzip Hoffnung aufbauenden bundesrätlichen Konzept wurde eine klare Absage erteilt. Viel Zustimmung dagegen gab es von Referenten und Teilnehmern zur Energiestrategie der SVP, welche mit den heute bekannten Technologien und realistischen Zahlen und Vorgaben die energiepolitische Zukunft der Schweiz sicherstellen will.

Die Referate wie auch die anschliessende Diskussion zeigten deutlich, dass die Strategie des Bundes in eine energiepolitische Sackgasse führt. Mehr Abhängigkeit vom Ausland, höhere Preise, eine Verschlechterung der Versorgungssicherheit und eine ökologische Steuerreform, welche zu weiteren Belastungen für Bevölkerung und Wirtschaft führt, wären die unausweichliche Folge. Besondere Kritik erntete die bundesrätliche Ausstiegsstrategie aufgrund ihrer Unvollständigkeit.

Nur gerade die Vorschläge des ersten Massnahmenpakets bis 2020 sind zurzeit

ren Zeitpunkt mittels Salomitaktik häppchenweise dem Volk unterbreitet werden, zu einem Zeitpunkt, zu dem bereits vollendete Tatsachen geschaffen wurden.

Die Strategie dahinter ist nicht nur offensichtlich, sondern geradezu perfid. Mit dem Verzicht der Nennung der einschneidendsten Massnahmen soll die Kritik an der Energiestrategie 2050 klein gehalten werden. Erst wenn der Weg genügend weit beschritten wurde, kommt das wahre Ausmass der Ausstiegsstrategie zum Tragen - ohne Möglichkeit, diesen fehlerhaften Weg dann noch zu verlassen. Dabei riskiert die Schweiz, die Fehler anderer Länder, insbesondere Deutschlands, zu wiederholen.

Die SVP macht bei diesem energiepolitischen Hochrisikospiele nicht mit. Die Strategie der Partei zeigt, wie mit auf den heutigen technologischen Grundlagen basierenden Mitteln und Vorhaben die Strom- und Energieversorgung der Schweiz auch in Zukunft gewährleistet werden kann - ohne Utopien, ohne massive Preissteigerungen und ohne eine Verschlechterung der Ver-



Nationalrat Dr. Albert Röstli erläutert die SVP-Energiestrategie.

sorgungssicherheit oder eine verstärkte Abhängigkeit vom Ausland. Die ideologischen Luftschlösser des Bundesrates hingegen führen uns geradewegs ins energiepolitische Nichts und berauben die Schweiz ihrer Wettbewerbsfähigkeit und ihres Wohlstands. Es wäre mehr als nur sinnvoll, dass die anderen bürgerlichen Parteien endlich aufwachen würden und den Ausstiegsplänen des Bundes ebenfalls eine klare Absage erteilen.



Aufmerksame Zuhörer an der anschliessenden Diskussion.

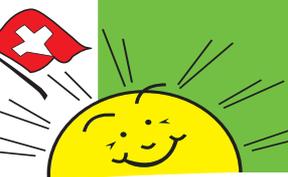
bekannt. Alle anderen, noch stärker in den funktionierenden Markt eingreifenden Massnahmen sollen zu einem späte-

ren Zeitpunkt gewährleistet werden kann - ohne Utopien, ohne massive Preissteigerungen und ohne eine Verschlechterung der Ver-



Das SVP-Positionspapier finden Sie online unter www.svp.ch/positionspapiere

Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung





Einladung

zum öffentlichen Gedenk Anlass des 20. Jahrestages des EWR/EU-NEIN vom 6. Dezember 1992

Der Weg der Schweiz in die Zukunft

Sonntag, 2. Dezember 2012, 14:00 Uhr, Biel

Strandboden/Hayek-Park, direkt am See

10 Minuten zu Fuss vom Bahnhof Biel – Weg ausgeschildert, Shuttle-Bus ab Bahnhof (Ausgang See),
Parkplätze vorhanden

1. Teil: Feierlicher Gedenk Anlass im Freien

14:00 Uhr

- Auftakt mit Böllerschüssen, Aufmarsch der Fahnenträger, begleitet von Treichlerformationen, Landeshymne
- Kurzbotschaft von **Uli Windisch**, Soziologieprofessor, Genf
- Kurzbotschaft aus der italienischen Schweiz von **Lara Filippini**, Tessiner Grossrätin und Gemeinderätin
- Ansprache von **Christoph Blocher**, Nationalrat und a. Bundesrat
- Beresina-Lied
Mitwirkung: Stadtmusik Biel und Tenor Peter-Matthias Born

2. Teil: Volksfest im Festzelt, Festwirtschaft und Unterhaltung

ab 15:00 Uhr

- Auftritt von Roberto Brigante, Jodler und Schwyzerörgeli, Schlagersängerin Rahel Tarelli u.a.

Alle Interessierten sind eingeladen.

Es laden ein:

Aargauische Vaterländische Vereinigung, AUNS, Chance 21, EDU Schweiz, Junge SVP Schweiz, Komitee selbstbewusste freie Schweiz, Organisation pour la souveraineté de la Suisse, Pro Libertate, Schweizer Demokraten, Schweizerisches Aktionskomitee gegen EWR- und EG-Diktat – für eine weltoffene Schweiz, Schweizerzeit, SVP Biel, SVP Schweiz, Unternehmer-Vereinigung gegen den EU-Beitritt, Vereinigung Bern Aktiv, Vereinigung Medien-Panoptikum, Young4FUN.ch

Spende für die Unkosten (Vermerk: Stopp EU-Beitritt): UBS-Postkonto 80-2-2, Konto-Nr.: 0235 00130326.01N
IBAN: CH93 0023 5235 1303 2601 N

www.stopp-eu-beitritt.ch